Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,–, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 132. [47. Jahrgang.] Sonnabend den 6. Juni 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 132.

Berlin, den 5. Juni.

Rundschau im Auslande.

Tittoni über die auswärtige Politik Italiens.

Rom, 4. Juni. In der Deputiertenkammer sprach der Minister des Aeußern Tittoni heute über die mazedonischen Reformen, die Balkan-Eisenbahnen und über die Beziehungen Italiens zur Türkei. Bezüglich der mazedonischen Reformen erinnerte der Minister daran, daß er schon in seiner Rede vom 11. März die Notwendigkeit betont habe, das europäische Konzert aufrecht zu erhalten und die Vollmachten der Finanzkommission, sowie die Tätigkeit der Gendarmerie zu erweitern. Sobald deshalb die von der russischen Regierung ausgearbeiteten neuen Vorschläge bekannt gewesen seien, habe Italien sich beeilt, mit Oesterreich-Ungarn voll und ganz ihnen zuzustimmen. England habe erst weitergehende Vorschläge vorgelegt, dann hätten zwischen England und Rußland Verhandlungen bezüglich eines gemeinsamen Projektes stattgefunden, und alles deute darauf hin, daß man bald zu einer völligen Verständigung gelangen werde, und es sei sogar nicht unwahrscheinlich, daß diese Verständigung das Ergebnis der bevorstehenden Entrevue von Reval sein werde. Bezüglich der Balkanbahnen führte der Minister dann aus, daß die von gewissen Seiten vorausgesagten Zwistigkeiten unter den verschiedenen Mächten nicht eingetreten seien. Deutschland sei auf dem Boden geblieben, auf dem es von Anfang an im Einvernehmen mit Italien gestanden habe.

Deutschland habe der Hohen Pforte geraten, dem Bau der Eisenbahnen, die zum Wohle der Türkei beitragen würden, keine Hindernisse zu bereiten, und es habe der Pforte besonders empfohlen, die vorbereitenden Arbeiten für die Linie Donau—Adriatisches Meer zu genehmigen. Was England anbetreffe, so habe schon am 16. März, gleich nach der Rede Tittonis, Sir Edward Grey dem italienischen Geschäftsträger erklärt, daß seine Politik in nichts von der Tittonis abweiche. Tittoni sagte weiter, die Beziehungen Italiens zu England in dieser Frage seien stets von dem größten Vertrauen und von Herzlichkeit geleitet gewesen. Er habe schon in seiner letzten Rede mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn keinen Einspruch gegen die Linie Donau—Adriatisches Meer erhoben habe. Später habe sich die Haltung Oesterreich-Ungarns infolge des fortgesetzten aufrichtig freundschaftlichen Meinungsaustausches den italienischen Interessen immer noch günstiger erwiesen. Am 13. Mai habe Freiherr v. Aehrenthal die italienische Regierung benachrichtigt, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel der Pforte erklärt habe, seine Regierung stehe allen Balkan-Eisenbahnen sympathisch gegenüber und unterstütze deshalb nicht nur die Konzessionsanträge Bulgariens und Griechenlands, sondern auch die Serbiens bezüglich der Linie Medare—Stimlia, die der erste Teilabschnitt der Eisenbahn Donau—Adriatisches Meer sein würde. Bezüglich der Beziehungen Italiens zur Türkei führte Tittoni aus, die Entsendung des Geschwaders sei vollständig gerechtfertigt gewesen durch die Erklärung der Türkei, die Eröffnung italienischer Postämter mit Gewalt hindern zu wollen. Die öffentliche Meinung Italiens habe das Vorgehen der Regierung gebilligt. Er wolle die Gelegenheit benutzen, um seine ganze Dankbarkeit den verbündeten wie den befreundeten Mächten auszudrücken für die einmütige und herzliche Unterstützung, die sie Italien in der Frage der Postämter in Konstantinopel haben zu teil werden lassen. Der Minister erklärte dann weiter, die Frage des Ankaufs von Immobilien in Tripolis durch Italiener sei mit der Türkei noch nicht geregelt. Um die Gesinnungen darzutun, von denen die italienische Regierung gegenüber der Pforte beseelt ist, verlas Tittoni ein Zirkular, das er an die italienischen Konsuln in der Türkei gerichtet hat, und in dem er die italienischen Konsuln auf das bestimmteste anweist, beständig die herzlichsten Beziehungen zu den türkischen Lokalbehörden zu unterhalten. Die Politik Italiens in der Türkei, fuhr Tittoni fort, sei einfach und klar. Sie beruhe auf der Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei. Jeder Gedanke einer territorialen Okkupation in der Türkei liege Italien fern, Italien denke nicht daran und habe nie daran gedacht, einen Teil des türkischen Gebiets zu besetzen. Italien sei der Türkei gegenüber von Gesinnungen aufrichtiger und herzlicher Freundschaft erfüllt, und Italiens Wunsch sei, diese Freundschaft zu entwickeln und zu festigen. Dafür verlange Italien von der Pforte nur, daß die türkischen Behörden die Tätigkeit italienischer Staatsangehöriger, die sich in der Türkei wirtschaftlichen Unternehmungen widmen, nicht hindern. Italiener dürften in der Türkei keine andere Behandlung erfahren, als die Angehörigen anderer Nationen. In gewissen Kreisen habe man anscheinend geglaubt, daß die orientalischen Angelegenheiten die guten Beziehungen Italiens zu Frankreich schädigen könnten. Nichts sei unrichtiger. Italiens Beziehungen zu Frankreich seien ausgezeichnet.

Tittoni sprach dann noch von dem Aufenthalt des Deutschen Kaisers in Venedig und von seiner dortigen Begegnung mit dem König Viktor Emanuel, die Gelegenheit geboten habe zu einer Bekundung der herzlichen Freundschaft zwischen den beiden verbündeten Herrschern. Auch der Besuch des Fürsten v. Bülow in Rom habe gestattet, wiederum die völlige Identität der zwischen Italien und Deutschland auf dem Gebiete der internationalen Politik bestehenden Gesichtspunkte festzustellen und zu zeigen, daß die Gerüchte, die man über eine den italienischen Interessen wenig entsprechende Haltung Deutschlands in der Frage der Balkanbahnen oder in Tripolis in Umlauf gesetzt hatte, jeder Begründung entbehren. Im Gegenteil habe Deutschland in diesem Augenblick und in denselben Fragen Italien neue Beweise seiner aufrichtigen Freundschaft und seiner Bündnistreue gegeben. Schließlich erwähnte der Minister das Regierungsjubiläum des Kaisers Franz Josef, der in seinen Staaten und in der ganzen Welt eine so hohe Autorität und ein so großes Ansehen genieße, und der seine ganzen Kräfte einem Friedenswerke gewidmet habe. Es sei ganz natürlich, daß der König von Italien sich den bei dieser Gelegenheit stattgehabten Kundgebungen besonders an dem Tage angeschlossen habe, an dem Kaiser Franz Josef die Huldigung des Kaisers Wilhelm und der deutschen Fürsten entgegennahm. Der Minister schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die loyale Politik der Regierung die Billigung des Parlaments finden werde.

Die Rede des Ministers Tittoni wurde vom Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen, mehrere Abgeordnete beglückwünschten den Minister. Nach der Rede Tittonis wurde die Weiterberatung des Budgets des Auswärtigen auf morgen vertagt.

Zur Reise König Eduards nach Rußland.

London, 4. Juni. Im Unterhaus beantragte O'Grady (Arbeiterpartei) bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amts einen Abstrich als Protest gegen den offiziellen Besuch des Königs beim Kaiser von Rußland. Er leugnete entschieden jede Absicht, dem König zu nahe zu treten, und erkannte warm die Verdienste des Königs um den Frieden an, widersprach aber diesem Besuch, der einen staatlichen oder repräsentativen Charakter habe, und griff heftig das russische Regierungssystem an. — Mac Neill (Nationalist) behauptete, es sei ein Verfassungsbruch, wenn der König zu einem solchen Besuch ohne Kabinettsminister ins Ausland gehe. Den diplomatischen Charakter des Besuches beweise die Tatsache, daß Unterstaatssekretär Hardinge den König begleite, und die Anwesenheit Fishers und Frenchs zeige den Zusammenhang des Besuchs mit der Flotte und der Armee. — Kettle (Nationalist) erklärte, die irische Partei werde den Antrag O'Grady unterstützen. In den Augen Europas bedeute der Besuch, daß England die Wechsel Rußlands indossiere und den Kredit des letzteren wiederherstelle.

Nach weiterer Debatte erwiderte Staatssekretär Grey, hinsichtlich des Besuchs in Rußland handle der König auf den verfassungsmäßigen Rat seiner Minister, wie er es in allen Staatsangelegenheiten tue; die Regierung trage für diesen wie für alle Besuche des Königs im Auslande die volle Verantwortung.

Es sei nicht zuviel gesagt, daß der Eindruck und der Einfluß der bisherigen Auslandsbesuche des Königs wohltätig gewesen sei. Es sei richtig, daß Unterstaatssekretär Hardinge im Gefolge des Königs mitgehe; doch tue er dies nicht etwa an Stelle eines Kabinettsministers, und sofern er an der Erörterung diplomatischer Angelegenheiten teilnehmen sollte, werde er dies nach genau denselben Vorschriften tun, wie ein Botschafter, der mit einem fremden Minister oder mit einem Hofe, an dem er beglaubigt sei, eine Angelegenheit erörtert. Er sei gefragt worden, ob der Besuch eine besondere diplomatische Bedeutung in dem Sinne habe, daß er zu einem Bündnis oder zu einem bisher noch nicht bekannten Vertrage zwischen den beiden Ländern führen solle. Er halte es im britischen wie im ausländischen Interesse für wünschenswert, ein für allemal jeden derartigen Eindruck zu beseitigen. Es seien keine Verhandlungen über irgend einen neuen Vertrag oder ein sonstiges Abkommen mit Rußland im Gange, und während des Besuches würden auch keine solchen Verhandlungen angeknüpft werden. Doch sei es durchaus wahr, daß der Besuch eine politische Wirkung haben werde, und es sei zu wünschen, daß diese Wirkung für die Beziehungen beider Länder zueinander wohltätig sei. Der Besuch sei lange aufgeschoben worden und wäre noch vor wenigen Jahren infolge von Zwischenfällen, die in aller Gedächtnis seien und die Beziehungen beider Länder beeinflußt hätten, unangebracht und kaum möglich gewesen.

Derselbe Einwand, der gegen die englisch-russische Konvention erhoben wurde, wird jetzt gegen den Besuch des Königs erhoben, nämlich der, daß Rußland boykottiert werden sollte, solange seine inneren Angelegenheiten nicht den Beifall derer finden, die den Einwand erheben. Die Folge einer solchen Politik würde für beide Länder verhängnisvoll sein. Alles, was sich seit Abschluß der Konvention in Asien ereignet hat, zeigte, daß die Eingriffe in Persien und an der indischen Grenze die beiden Länder einem Konflikt merklich näher gebracht haben würden, wenn wir die von einigen gewünschte Haltung eingenommen hätten. Alles zeigte, daß unsere Beziehungen nicht stillstehen konnten, und daß wir entweder zum Frieden oder nach entgegengesetzter Richtung gebracht werden mußten. Wenn ich wählen soll zwischen einer Politik, die von einer englisch-russischen Konvention und von Verhandlungen nichts wissen will und die Dinge bis zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen treibt, und einer Politik der Verständigung, so erkläre ich mich für die letztere. (Beifall.) Ich bin für einen ehrlichen und loyalen Versuch, daß beide Länder in Dingen, die ihre Interessen berühren, zusammenarbeiten. Dabei bleibe ich, und wenn das Haus diesen Standpunkt verwirft oder unmöglich macht, so falle ich auch damit. (Lauter Beifall bei den Ministeriellen. Zischen bei der Arbeiterpartei.)

Das ist eine Politik des Friedens. Eine andere Politik würde möglicherweise den Krieg herbeiführen, gegen den die Arbeiterpartei protestiert. Der Besuch des Königs beim Kaiser von Rußland ist lange überfällig und könnte ohne auffällige Unhöflichkeit nicht länger aufgeschoben werden. Ist dies der richtige Zeitpunkt, um von der Regierung zu verlangen, sie solle den Kaiser von Rußland benachrichtigen, daß der König, obwohl er dringend wünsche, ihn als Verwandten und persönlichen Freund zu begrüßen, doch einen merklichen Unterschied zwischen diesem Besuch und denen in anderen Ländern machen müsse, weil die Regierung die innere Politik Rußlands nicht billige? Das würde den Besuch zu einer Beleidigung machen. Wenn die Regierung dem König raten wollte, eine solche Haltung anzunehmen, so könnten wir ebensogut das englisch-russische Uebereinkommen zerreißen, und die Weiterführung der in befriedigendem Vorschreiten befindlichen Erörterungen über die mazedonischen Reformen wäre lächerlich. O'Grady hat gesprochen, als ob er die Mehrheit des russischen Volkes vertrete. Er ist im Irrtum. Der Besuch ist allen gemäßigten und liberalen Elementen Rußlands erwünscht, nur die extrem revolutionäre Partei und die extrem reaktionäre Partei erhoben gegen ihn Einwände. Die von der Arbeiterpartei befürwortete Politik würde dazu führen, einer von diesen beiden Parteien in die Hände zu arbeiten. Die Frage einer Anleihe hat keinen Teil der Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen gebildet, aber die Revolutionäre sind der Ansicht, die russische Regierung beabsichtige, eine Anleihe aufzunehmen, und sie wissen, daß ein Konflikt die Aufnahme einer Anleihe erschweren würde. Was sie wünschen, ist klar, nämlich alles in Verwirrung zu stürzen, und ich frage, ob die englische Regierung solchen Umtrieben Hülfe leisten soll. (Beifall.) Was die von der Arbeiterpartei gegen die russische Regierung erhobenen Anklagen angeht, so bin ich nicht willens, auf die inneren Angelegenheiten Rußlands einzugehen, aber ich gebe zu bedenken, daß die Mitglieder dieses Hauses, wenn sie eben von den Verbrechen der reaktionären Partei vernommen haben, sich auch der Verbrechen der revolutionären Partei erinnern mögen. Die Frage, die das Haus sich selbst stellen sollte, ist die, ob das russische Regierungssystem besser oder schlechter geworden ist. Aus der vollen Kenntnis der Berichte, die wir empfangen haben, sage ich, daß es in den letzten zwei Jahren entschieden besser geworden ist. Ein Versuch, auf Rußland einen Druck zu üben, wie O'Grady ihn empfiehlt, würde eine der gewünschten entgegengesetzte Wirkung haben. Ich erblicke in Rußland eine große Rasse, deren bedeutende Kraft noch unentwickelt, deren Charakter noch im Werden ist, und die sich mit neuen Ideen und neuer Tatkraft zu regen beginnt. Diese Rasse hat eine große Zukunft und wird eine große Rolle in der Welt spielen. Für den Weltfrieden kann und für die Wohlfahrt Rußlands und Großbritanniens muß viel abhängen von unseren Beziehungen zu einander. Die Vorredner meinen durch den Kurs, den sie verlangen, lediglich einen Bruch zwischen den beiden Regierungen zu empfehlen. Tatsächlich empfehlen sie aber etwas, was im Laufe der Dinge böses Blut zwischen den beiden Völkern machen müßte. Die von der Regierung gegenüber Rußland und der Besuchsfrage eingenommene Haltung ist nützlich und ehrlich. Ich glaube nicht, daß irgend ein Land in der Welt dadurch weniger liberal, weniger fortschrittlich, weniger stark wird, daß es mit uns in guten Beziehungen steht. (Lebhafter Beifall.)

Im Laufe der weiteren Debatte trat Balfour herzlich für die Regierung ein. Keir Hardie erklärte, wenn der König dem Kaiser von Rußland einen offiziellen Besuch abstatte, so heiße das, die Grausamkeiten entschuldigen, für die die Regierung des Kaisers von Rußland und dieser persönlich verantwortlich seien. Für diese Aeußerung wurde Keir Hardie vom Sprecher zur Ordnung gerufen, der erklärte, Keir Hardies Aeußerung sei einer befreundeten Macht gegenüber beleidigend. Keir Hardie weigerte sich zunächst, seine Aeußerung zurückzuziehen, erklärte sich dann aber bereit, das Wort Grausamkeiten zurückzuziehen, soweit es sich auf den Kaiser von Rußland und die russische Regierung beziehe.

Nach einigen weiteren, stürmischen Szenen wurde der Antrag O'Gradys auf Abstriche am Etat des Auswärtigen Amts mit 225 gegen 59 Stimmen abgelehnt. Die Minderheit bestand aus den Mitgliedern der Arbeiterpartei, wenigen irischen Nationalisten und einigen Radikalen.

Die Lage in Persien

scheint sich bedenklich verschlechtert zu haben. Wie die Kölnische Zeitung aus Teheran von gestern meldet, verließ der Schah die Stadt; es werden Unruhen befürchtet.

Wie der Nowoje Wremja aus Djulfa gemeldet wird, drangen große Mengen von Kurden in Urmia ein, wo eine Panik ausbrach, die Bevölkerung floh, und die Basare geschlossen wurden. In Täbris soll Anarchie herrschen und der Gouverneur machtlos sein, persische Truppen sollen zahlreich desertieren.

Aus Marokko.

Tanger, 4. Juni. Mulay Hafid hat die in Fez durch Konsulate vertretenen Mächte brieflich aufgefordert, ihre Konsuln wieder nach Fez zu schicken, um nach den nunmehr beendeten Unruhen die bisher unterbrochenen freundschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Auch andere Europäer sind zur Rückkehr nach Fez aufgefordert worden.

Paris, 4. Juni. Admiral Philibert telegraphiert, daß der Kreuzer Desaix auf der Rhede von Mogador vor Anker gegangen ist. In Mogador werden zweihundert Mann vom Maghzen auf Kriegsfuß gebracht, um die nach Marrakesch bestimmte Mahalla zu vervollständigen. Die Lage ist allenthalben ruhig.

Tanger, 4. Juni. Das diplomatische Korps und die scherifische Delegation genehmigten die Reglements, betreffend den Stadtzoll, den Handel mit Waffen und Explosivstoffen und die Zollniederlagen. Dadurch werden die Reglements in Marokko obligatorisch.

Madrid, 5. Juni. Der Minister des Auswärtigen machte Mitteilung über ein Telegramm des spanischen Gesandten in Tanger: Danach hat dieser von dem spanischen Vertreter in Casablanca und von dem dortigen Kommandanten der spanischen Truppen Nachrichten erhalten, aus denen hervorgeht, daß der Zusammenstoß vom 31. v. M. einen durchaus persönlichen Charakter trug. Algerische Schützen und maurische Polizeisoldaten hatten sich außerhalb der spanischen Stadtzone mit Steinen beworfen. Zwei Köche und einige spanische Soldaten waren dazwischengetreten und hatten die Streitigkeiten beigelegt. An dem gleichen Tage wurde ein anderer algerischer Schütze von einem spanischen Soldaten angegriffen und verwundet. Es handelt sich nicht um Angriffe gegen Soldaten der regulären Truppe. Die schuldigen Spanier sind den französischen Behörden überwiesen worden.

Reorganisation der russischen Flotte.

Petersburg, 4. Juni. Einem in der heutigen Ausgabe der Gesetzsammlung veröffentlichten Befehl des Kaisers zufolge treten am 14. Juli d. J. bis zur Bestätigung der Projekte bezüglich der Reorganisation der Marineverwaltung folgende zeitweilige Maßnahmen in Kraft: Die Leiter aller Seestreitkräfte des Baltischen und des Schwarzen Meeres, sowie im Stillen Ozean werden Chefs der Seekräfte benannt. Die Posten eines Oberkommandeurs der Flotte und der Häfen und des Chefs der Seeverteidigung des Baltischen Meeres und des Oberkommandeurs der Schwarzmeerflotte und Häfen werden aufgehoben. Die Hafenkommandeure sind bezüglich des Oekonomiewesens unmittelbar dem Gehülfen des Marineministers, in allen sonstigen Beziehungen dem Marineminister unterstellt. Die Hafenkommandeure sind verpflichtet, nach Maßgabe der Mittel ihrer Häfen den Vorschlägen des Chefs der Seekräfte bezüglich der Vervollständigung und Ergänzung der Schiffe nachzukommen. Der Posten eines Oberkommandeurs der Flotte und der Seekräfte des Baltischen Meeres wird erst aufgehoben, sobald die Errichtung einer Stadthauptmannschaft in Kronstadt im Wege der Gesetzgebung bestätigt sein wird.

Kleinere politische Nachrichten.

Staatssekretär Dernburg gab in einer von dem Vertreter des Reuterschen Bureaus in Kapstadt nachgesuchten Unterredung seiner herzlichen Genugtuung über den Empfang Ausdruck, der ihm in Kapstadt zu teil geworden sei. Er habe in den letzten drei Tagen Gelegenheit gehabt, mit hervorragenden Persönlichkeiten die Eingeborenenfrage, die Bewässerung und andere südafrikanische Angelegenheiten zu besprechen. Der Staatssekretär sprach seine warme Anerkennung für die Erleichterungen aus, die ihm gewährt worden seien, um die englischen Methoden in der Verwaltung der Kolonieen kennen zu lernen. — Nach einem Telegramm aus Bombay ereigneten sich in der Nacht zum 2. Juni in **Bona** drei leichte **Explosionen,** die dadurch hervorgerufen wurden, daß Wagenräder über in der Straße niedergelegte Explosivstoffe hinwegfuhren. Es wurde kein Schaden angerichtet. Eine andere Explosion ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch, als ein Fußgänger auf einen auf der Straße liegenden Gegenstand trat. Der Passant wurde am Bein verwundet. Ueber die Beweggründe zu den Anschlägen ist nichts bekannt. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. — Wie aus Teheran berichtet wird, sind die **Afghanen,** welche Rigan besetzt hatten, von da nach Osten vorgegangen. Sie führen 900 Kameellasten geschmuggelte Gewehre und Munition mit, die vermutlich an der Mekranküste gelandet und für die **indische Nordwestgrenze** bestimmt sind.

Die Landtagswahlen.

Um 12 Uhr Mittags konnten als gewählt gelten 129 Konservative, 57 Freikonservative, 59 Nationalliberale, 20 Freisinnige Volkspartei, 7 Freisinnige Vereinigung, 97 Zentrum, 15 Polen, 6 Sozialdemokraten, 6 bei keiner Partei. Insgesamt sind 21 Stichwahlen erforderlich. Es fehlten noch die Resultate von 17 Wahlbezirken mit 29 Abgeordneten.

Nach einer Mitteilung des Zentralbureaus der Freisinnigen Volkspartei wird in Schöneberg-Rixdorf Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Freisinn stattfinden müssen. Die Zahl der Wahlmänner beträgt 1124. Die Stimmen der Sozialdemokraten werden im günstigsten Falle auf 500 geschätzt.

Die weiter eingelaufenen

Telegramme über die Wahlmännerwahlen

lauten*) wie folgt:

Regierungsbezirk Gumbinnen.

1. Tilsit (Stadt und Land), Niederung. 522. Für Justizrat Meyer (k.) 351, für Reg. Rat Glatzel (nl.) 149, für den Sozialdemokraten 21 und 8 unbestimmte Wahlmänner gewählt. Einige Bezirke stehen noch aus. Die Wahl von Meyer und Glatzel erscheint gesichert.

Regierungsbezirk Marienwerder.

4. Strasburg. 221. Für Rittergutsbesitzer Sieg (nl.) 130, für den Polen 91 Wahlmänner gewählt. Die Wiederwahl des Nationalliberalen erscheint gesichert.

Regierungbezirk Stettin.

1. Demmin, Anklam, Usedom, Wollin, Ueckermünde. 697. Für Kammerherrn v. Heyden (k.) und Grafen v. Schwerin-Löwitz (k.) und Rittergutsbesitzer v. Böhlendorff-Kölpin (k.) über 500 Wahlmänner gewählt. Somit ist deren Wiederwahl gesichert.

Regierungsbezirk Köslin.

4. Köslin, Kolberg-Körlin, Bublitz. 466. Für Zimmermeister Firzlaff (k.) und Rittergutsbesitzer v. Wenden (k.) 368, für Rektor Juds (Frs. Vgg.) und Pastor Schmidt (Frs. Vgg.) 79 Wahlmänner gewählt. Somit erscheint die Wahl von Firzlaff und Wenden gesichert. (Bisheriger Besitzstand.)

5. Neustettin, Belgard. Die Wiederwahl der beiden Konservativen v. Bonin und v. Kleist ist sicher.

Regierungsbezirk Magdeburg.

3. Jerichow II, Jerichow I. 528. Für Graf v. Wartensleben (k.) und Rittergutsbesitzer v. Wulffen (k.) 300 Wahlmänner, für Kommerzienrat Steinle (nl.) und Meyer (Frs.) 161 Wahlmänner gewählt. Somit erscheint die Wahl von Wartensleben und Wulffen gesichert. (Bisher 1 Konservativer und 1 Nationalliberaler.)

5. Wolmirstedt, Neuhaldensleben. 413. Die Wiederwahl des Obermeisters Rahardt (k.) (nicht: Rittergutsbesitzers Himburg) und des Gutsbesitzers Boecker (frk.) ist gesichert.

6. Wanzleben. 338. Für Landrat z. D. v. Kotze (k.) 187, für Gutsbesitzer Schulze (nl.) 74, für Silberschmidt (Soz.) 72 Wahlmänner gewählt.

Regierungsbezirk Merseburg.

2. Schweinitz, Wittenberg. 384. Für Kammerherrn Frhrn. von Bodenhausen (k.) 248, für Rittergutsbetzer v. Leipzig (k.) 248, für die beiden Nationalliberalen 136 Wahlmänner gewählt. Somit erscheint die Wiederwahl der beiden konservativen Kandidaten gesichert.

Regierungsbezirk Schleswig.

17. Plön. 190. Die Wiederwahl von Johanssen (frk.) ist gesichert.

18. Oldenburg. 150. Für Landrat a. D. v. Dewitz (frk.) 144, Auktionator Bundies (Frs. Vgg.) 12, für Redakteur Adler (Soz.) 12 Wahlmänner gewählt. Die Wiederwahl von v. Dewitz ist gesichert.

Regierungsbezirk Hildesheim.

4. Zellerfeld-Ilfeld. Für Amtsgerichtsrat Kölle (b. k. Fr.) (Rfp.) 90, für Berginspektor Spinzig (fk.) 79 Wahlmänner gewählt. Die Wahl von Kölle erscheint gesichert.

Regierungsbezirk Osnabrück.

3. Bersenbrück, Wittlage. 234. Für Bund der Landwirte 117, für Nationalliberale 103, unbestimmt 8, für Sozialdemokraten 4 Wahlmänner gewählt. Somit erscheint die Wahl des Kandidaten des Bundes der Landwirte wahrscheinlich.

Regierungsbezirk Kassel.

Das Ergebnis für 5. Kassel. Eschwege, Herrschaft Schmalkalden ist dahin richtig zu stellen, daß für Dr. Wendland (nl.) 166, für v. Christen (frk.) 139, für den Sozialdemokraten 16 Wahlmänner gewählt sind. Dr. Wendlandt (nl.) dürfte voraussichtlich gewählt werden.

13. Gelnhausen-Schlüchtern. 274. Die Wiederwahl des konservativen Kandidaten Pfarrers Mevenschein ist gesichert.

14. Hanau (Stadt und Land). 325. Für Rentner Junghenn (nl.) 134, für Generalsekretär Dr. Goldschmidt (Frs. Vp.) 26, für Landwirt Lind (frk., B. d. L.) 83, für Weißbinder Stein (Soz.) 58 Wahlmänner gewählt. 58 Stichwahlen. Stichwahl zwischen Junghenn und Lind wahrscheinlich.

Regierungsbezirk Düsseldorf.

9. Geldern, Kempen. 573. Für Marcour (Z.) und Fabrikant Underberg (Z.) je 441, für Kommerzienrat Holz (nl.) und Professor Moldenhauer (nl.) je 25 Wahlmänner gewählt. Somit erscheint die Wahl der Zentrumskandidaten gesichert.

* Da die Berichte über die Wahlmännerwahlen nicht auf Grund ziffernmäßig genauer Angaben abgefaßt werden, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie lediglich die Bedeutung von Schätzungen haben.

Zur Wahlrechtsfrage in Sachsen.

Man schreibt uns aus Dresden, Anfang Juni:

Wer es verstanden hat, sich einen von Parteiinteressen aller Art ungetrübten Blick zu wahren, der wird nicht darüber im Zweifel sein, daß der Kampf, der augenblicklich in Sachsen geführt wird, trotz aller dekorativen Mäntelchen, mit denen er so gerne drapiert wird, sich in der Hauptsache um die Frage dreht, welcher Partei in Zukunft die führende Rolle im sächsischen Landtage zufallen soll. Und so weit man auch schon mit dem Paktieren gekommen ist, wirklich einig ist man eigentlich bisher nur in dem einen Punkt, der Sozialdemokratie nicht die Möglichkeit unbeschränkten Emporkommens zu geben. Klar erscheint außerdem noch, daß weder der Freisinn noch die Reformpartei durch irgend ein neues Wahlrecht sich zur führenden Partei in Sachsen entwickeln werden, da beiden in der sächsischen Wählerschaft der nötige Resonanzboden fehlt. Sicher ist, daß Sachsen seiner inneren, d. h. volkswirtschaftlichen Struktur nach diese Resonanz eigentlich nur 2 Parteien geben kann: der Sozialdemokratie und dem Nationalliberalismus. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß Sachsen zu drei Vierteln ein Industriestaat ist.

Schon hieraus folgt für den unbefangenen Beobachter, daß ein Landtag, in dem wie jetzt die Majorität in den Händen der konservativen Partei liegt, nicht den tatsächlichen Verhältnissen dieses Landes entspricht. Dennoch wäre es übereilt, daraus zu folgern, daß die Prärogative dieser Partei um jeden Preis gebrochen werden müsse. Gerade ihr hat Sachsen eine Reihe wichtiger und heilsamer Beschlüsse, Verordnungen, Verbesserungen und Gesetze zu verdanken. Ist es doch überhaupt verkehrt, dieser Partei stets das Epitheton „reaktionär“ anzuheften. Man verwechselt hierbei eben zum Schaden dieser großen und nützlichen Partei den Einfluß, den vielleicht einige ihrer Führer ausüben, mit den guten Bestrebungen der Partei selbst.

Es ist ja zunächst nur natürlich, daß eine Partei wie die konservative es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, das Neue so lange mit Mißtrauen zu betrachten, bis es den Beweis seiner Güte erbracht hat. Allein diese Vorsicht kann unter Umständen auch zu weit gehen, und das scheint z. B. der Fall zu sein in der Stellungnahme der konservativen Partei in Sachsen gegenüber der Wahlrechtsfrage.

Die sächsische Regierung selbst — NB. eine durch und durch konservative Regierung! — ist nach jahrelangem Beobachten zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß das heute in Sachsen geltende Wahlrecht nicht mehr den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht, und da sie — Gott sei Dank! — nicht nur eine konservative, sondern zugleich eine über allen Parteien stehende Regierung ist, so hat sie den gordischen Knoten mit fester Hand gepackt und dem Landtage den bekannten Wahlrechtsentwurf vorgelegt. Sehr richtig ging sie dabei von zwei höchst wichtigen Grundsätzen aus. Erstens betonte sie, daß durch die Ausgestaltung eines neuen Wahlrechts keinem jetzt aktiv oder passiv Wahlberechtigten dieses Recht genommen werden dürfe, da sonst die Unzufriedenheit im Lande nur wachsen werde. Zweitens aber machte sie für eine freiheitlichere Ausgestaltung des Wahlrechts zur Bedingung, daß ihr auf der anderen Seite auch die notwendigen Kautelen gegeben würden gegen eine etwaige Ueberflutung des Landtags durch sozialdemokratische Elemente.

Zweifellos mußte sich die Regierung von Anbeginn darüber klar sein, daß ihr Entwurf nicht mit ungeteilter Freude aufgenommen würde. Jede Aenderung des Wahlrechts bringt auch tiefgehende Veränderungen in der Zusammensetzung der